

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

9. Januar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen Wochen folgende Provinzen betroffen: Laghman, Nangarhar, Uruzgan, Helmand, Kunduz, Maidan Wardak, Farah, Jawzjan, Ghazni, Badakhshan, Nimroz, Logar, Sar-i-Pul, Kapisa, Takhar, Herat, Nuristan, Paktia, Paktika, Balkh, Zabul und Faryab (hier sollen mehr als 1.800 Familien innerhalb der Provinz vor den Kämpfen geflohen sein). Am 04.01.17 wurden zwei Bundeswehrhubschrauber auf dem Flug von Kunduz nach Mazar-e Sharif beschossen, vermutlich von Taliban. In Logar kam es am 07.01.17 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Ansässigen über Landnutzungsrechte. Dabei wurden drei Menschen verletzt und einer getötet.



Gezielte Übergriffe

Am 19.12.16 explodierte eine Bombe vor dem Provinzrat in Logar (Zentrum), ohne Menschen zu verletzen. In Nangarhar (Osten) wurde ein Bombenanschlag auf einen Distriktschef verübt, bei dem acht Menschen verletzt wurden.

Am 20.12.16 wurde in Nordafghanistan ein Rotkreuzmitarbeiter entführt.

Am 21.12.16 kamen in Zabul (Süden) zwei Kinder bei einer Bombenexplosion um, zwei Kinder und eine Frau wurden verletzt.

Am 22.12.16 starben in Kabul acht Menschen bei einem Angriff auf die Wohnung eines Parlamentsabgeordneten, sieben Personen wurden verletzt. In Kandahar (Süden) starben bei verschiedenen Vorfällen mehrere Menschen, darunter auch Kinder.

Am 26.12.16 wurden bei einem Anschlag auf den stellvertretenden Polizeichef von Helmand (Süden) ein Polizist getötet und acht verletzt. In Nangarhar (Osten) schossen Unbekannte einen Arzt nieder.

Am 29.12.16 wurde in Kunduz (Nordosten) ein Vertreter der Hindus und Sikhs von Unbekannten erschossen.

Am 30.12.16 starb in Kandahar (Süden) ein Zivilist bei einem Bombenanschlag, zwei wurden verletzt.

Am 01.01.17 erschlugen Taliban in Faryab (Westen) einen Mann.

Am 02.01.17 wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Distriktpolizeichef in Logar (Zentrum) ein Polizist getötet und fünf verletzt.

Am 03.01.17 starb ein Selbstmordattentäter in einer Moschee in Zabul (Süden), als sein Sprengstoffgürtel zu früh explodierte. In Kandahar (Süden) entführten Taliban zehn Arbeiter.

Am 04.01.17 wurde in Ghazni (Südosten) ein Mitarbeiter der Schulbehörden auf offener Straße erschossen.

Am 05.01.17 erschossen Taliban eine Polizistin im Distrikt Nawa der Provinz Helmand (Süden). In Jalalabad (Hauptstadt von Nangarhar, Osten), in Parwan (Zentrum) und in Faryab (Westen) ereigneten sich Bombenanschläge, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet oder verletzt wurden.

Am 06.01.17 explodierte im Stadtteil Pul-i-Sokhta in Kabul eine Bombe; es gab keine Personenschäden.

Am 07.01.17 wurden bei einem Angriff in Baghlan (Nordosten) acht Minenarbeiter getötet und vier verletzt. Weiterhin wurden aus Herat, Farah und Nangarhar Übergriffe der Polizei auf Journalisten gemeldet.

Todesstrafe

Am 20.12.16 wurden 19 von 76 verhafteten Entführern in Herat (Westen) zum Tode verurteilt. Die Täter gehörten zu fünf Gruppen, die in den vergangenen acht Monaten 35 Menschen in Herat entführt hatten.

Privatgefängnisse

Einwohner der Provinz Kunduz berichteten, dass aufständische Gruppen private Gefängnisse in der Provinz unterhielten.

Auspeitschungen

In der Provinz Ghazni (Südosten) haben Taliban nach eigenen Angaben sechs Männer für diverse Vergehen mit 25 bis 39 Peitschenhieben bestraft.

Pakistan

Blasphemievorwurf gegen Christen

In einem Dorf bei Lahore wurde am 06.01.17 ein Christ wegen angeblicher Gotteslästerung verhaftet. Er soll Koranseiten zerrissen und auf die Straße geworfen haben. Um Ausschreitungen zu vermeiden, hat die Polizei ihn und seine Familie festgenommen.

Türkei

Anschläge

Bereits am 01.01.17 erschoss ein Angreifer 39 Menschen in einem Istanbul Nachtclub. Der IS bekannte sich zu der Tat. Der Attentäter wurde bisher nicht gefasst.

Am 05.01.17 wurden vor einem Gerichtsgebäude in Izmir bei einem Schusswechsel zwischen der Polizei und mutmaßlich kurdischen Extremisten vier Menschen getötet, nachdem die Polizisten versucht hatten, ein Auto an einem Kontrollposten zu stoppen. Nach Berichten der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu wurden dabei zwei Angreifer erschossen, ein dritter soll auf der Flucht sein. Ein Polizist und ein Gerichtsangestellter seien ums Leben gekommen, die Angreifer hätten bei ihrem Fluchtversuch eine Autobombe gezündet.

Verlängerung des Ausnahmezustands

Die türkische Regierung verlängerte den Ausnahmezustand um drei Monate bis zum 19.04.17. Das Parlament stimmte einem entsprechenden Antrag am 03.01.17 zu. Der türkische Staatspräsident Erdogan hatte den Ausnahmezustand kurz nach dem Putschversuch vom 15.07.16 ausgerufen. Begründet wurde die Verlängerung insbesondere mit anhaltenden terroristischen Angriffen.

Weitere Entlassungen

Am 07.01.17 wurden nach Medienberichten mit drei neuen Dekreten erneut Personen aus dem Staatsdienst entlassen (mehr als 6.000) und Dutzende Organisationen verboten. Unter den Entlassenen sollen 2.687 Polizisten, 1.699 Beamte des Justizministeriums sowie 838 Beamte des Gesundheitsministeriums sein. Auch Hunderte Beamte anderer Ministerien sowie 631 Hochschulangestellte und acht Mitglieder des Staatsrates sollen ihre Posten verloren haben. Seit dem gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 wurden bereits über 41.000 Menschen festgenommen und mehr als 100.000 entlassen oder vom Dienst suspendiert.

Die neuen Dekrete erlauben es den türkischen Behörden nun auch, Unternehmen zu verkaufen, die nach dem Putschversuch vom Staat übernommen und unter Zwangsverwaltung gestellt worden waren.

Syrien

Waffenruhe brüchig

Die von Russland und der Türkei ausgehandelte Waffenruhe, die vor ca. zehn Tagen in Kraft getreten ist, wurde inzwischen von beiden Seiten gebrochen. Die syrische Luftwaffe bombardierte vor allem die Rebellen im Barada-Tal, das für die Wasserversorgung von Damaskus wichtig ist, da 70 % des Trinkwassers der

Hauptstadt aus dieser Region kommt. Nachdem vor zwei Wochen eine Bombe das Pumpwerk im Barada-Tal zerstörte und die Wasserversorgung unterbrach, starteten die syrische Armee und verbündete Milizen am 08.01.17 einen Angriff, um die Quellen zurückzuerobern.

Neben den Kämpfen kam es zu Anschlägen. In der nördlichen Stadt Asas starben am 07.01.17 mindestens 48 Menschen bei der Explosion eines Tanklasters. Nach Berichten aus Oppositionskreisen explodierte das Fahrzeug auf einem Markt vor dem Gerichtsgebäude, wobei das Haus völlig zerstört wurde. Asas wird von den Rebellen kontrolliert und liegt nördlich von Aleppo unweit der Türkei. Am 05.01.17 starben nach Medienberichten bei einem Bombenanschlag in der Küstenstadt Dschableh mindestens zehn Menschen und zahlreiche Personen wurden schwer verletzt, als ein Selbstmordattentäter ein mit Sprengstoff gefülltes Auto zur Explosion brachte. Die Anschläge werden dem IS zugerechnet.

Iran

Ex-Präsident Rafsanjani gestorben

Hashemi Rafsanjani starb am 08.01.17 in Teheran 82-jährig an einem Herzinfarkt. Er war von 1989 bis 1997 Präsident der Islamischen Republik und einer der einflussreichsten Politiker, der den Kontakt zum Westen suchte.

Jemen

Mehr als 60 Tote bei Kämpfen

Nach Militärangaben starben bei zweitägigen Kämpfen zwischen der jemenitischen Armee und den schiitischen Houthi-Rebellen nahe der strategisch wichtigen Meeresstraße von Bab al-Mandab 55 Houthi-Rebellen und 13 regierungstreue Kämpfer. Seit dem Beginn einer von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention im März 2015 wurden in dem Konflikt nach UN-Angaben mehr als 7.000 Menschen getötet.

Marokko

Mohammed-Al-Fatih-Schulen sollen geschlossen werden.

Nach Mitteilung des Innenministeriums in Rabat sollen in Marokko alle Mohammed-Al-Fatih-Schulen innerhalb eines Monats geschlossen werden, da sie die Ideologie der – besonders von der türkischen Regierung bekämpften – Gülenbewegung verbreiteten. Diese Denkrichtung sei unvereinbar mit den Prinzipien des marrokanischen Erziehungs- und Glaubenssystems. Es soll sich um sieben Schulen mit insgesamt 2.500 Schülern in Rabat, Fes, Casablanca, Tanger und Tetouan handeln.

Ägypten

Bombenanschlag auf Sinai-Halbinsel

Bei einem Bombenanschlag am 08.01.17 im Ferienort Al-Arisch auf der Sinai-Halbinsel sollen acht Polizisten ums Leben gekommen und 13 Menschen verletzt worden sein. Die Bombe sei in einem Straßenkehrfahrzeug versteckt gewesen. Bisher hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt.

Somalia

Anschläge

Bei der Explosion von zwei mit Sprengstoff beladenen Fahrzeugen an einem Kontrollpunkt nahe dem Hauptquartier der AMISOM und einem beliebten Hotel starben am 02.01.17 in Mogadischu mindestens drei Personen. Zu der Tat bekannte sich die al-Shabaab.

Drei Personen wurden am 31.12.16 bei einem Anschlag mit einer Sprengfalle auf den Konvoi des District Commissioners von Baidoa (Region Bay) verletzt. Der District Commissioner blieb unverletzt. Zu dem

Anschlag bekannte sich ebenfalls die al-Shabaab. Unbekannte erschossen am 03.01.17 einen Oberst der somalischen Armee im Stadtteil Yaqshid von Mogadischu.

Bei der Explosion einer Autobombe wurden am 04.01.17 in Mogadischu mindestens vier Wachleute verletzt. Der unter einem UN-Fahrzeug angebrachte Sprengkörper detonierte in einer Garage neben dem Gelände des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP).

Kampfhandlungen

Al-Shabaab-Kämpfer töteten bei einem Hinterhalt am 02.01.17 nahe der Ortschaft Yurkud im Norden der Region Gedo drei somalische Soldaten. Somalische Truppen und kenianische AMISOM-Einheiten eroberten am 03.01.17 die Ortschaft Busar im Süden der Region Gedo von der al-Shabaab zurück.

Neues Waffenstillstandsabkommen zwischen Puntland und Galmudug

Die Präsidenten der halbautonomen Gebiete Puntland und Galmudug schlossen am 02.01.17 in Mogadischu einen Waffenstillstand. Puntland und Galmudug streiten seit September 2015 um die Kontrolle über die Stadt Gaalkacyo in der Region Mudug (vgl. BN v. 07.11.16). Es handelt sich um das dritte Abkommen seit Ausbruch der Feindseligkeiten.

Wahlen

Am 27.12.16 wurden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen 243 neugewählte Mitglieder des Parlaments vereidigt. Die Wahl war überschattet von zahlreichen Vorwürfen der Korruption und des Stimmenkaufs. Die bereits mehrfach verschobene und für den 28.12.16 vorgesehene Präsidentenwahl soll am 24.01.17 stattfinden.

Bei der Parlamentswahl handelte es sich um eine indirekte Wahl. Rund 14.000 Delegierte, ausgewählt von 135 Clan-Ältesten, wählten die Abgeordneten des Unterhauses. Vertreter der Regionen bestimmen die 54 Abgeordneten des Oberhauses. Beide Häuser des Parlaments wählen schließlich den Staatspräsidenten.

Gambia

Streit um das Präsidentenamt spitzt sich zu

Wie die Online-Zeitung Freedom Newspaper am 04.01.17 berichtete, habe der Kommandeur der National Republican Guard (NRG), General Saul Badjie, begonnen, Uniformen an Rebellen auszugeben. Die NRG gilt als Leibgarde des amtierenden gambischen Präsidenten Yahya Jammeh, der trotz seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen am 01.12.16 nicht abtreten will. Der Armeechef hatte in einer Neujahrsbotschaft seine Loyalität zum abgewählten Machthaber Jammeh erklärt, meldete die regierungstreue Zeitung Daily Observer. Die Streitkräfte stünden treu zu Jammeh, zitierte das Blatt den Armeechef. Nach erfolglosen Verhandlungsversuchen hatte die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) am 29.12.16 beschlossen, Truppen nach Gambia zu entsenden. Die Einheiten der Eingreiftruppe des Staatenbundes (ECOWAS Standby Force, ESF) sollen dem Mandat zufolge unter Führung Senegals stehen. Sie sollen die Sicherheit des gewählten Präsidenten und der Bevölkerung gewährleisten sowie die Umsetzung der Präsidentschaftswahl sichern. Als letzter Termin, ein Eingreifen der ESF abzuwenden, gilt der 19.01.17, der Tag, an dem der neu gewählte Präsident Barrow der Verfassung nach vereidigt werden müsste. Jammeh reagierte auf die angekündigte Intervention der ECOWAS in seiner an Silvester ausgestrahlten Neujahrsansprache bezeichnete er die geplante Truppenentsendung als eine Kriegserklärung. Drei Radiosender hatte Jammeh am 01.01.17 schließen lassen. Der Chef der Wahlkommission, Alieu Momar Njie, floh Berichten der Nachrichtenagenturen AFP und Reuters zufolge am 03.01.17 nach Senegal. Auch einige seiner Mitarbeiter hätten sich abgesetzt. Am 10.01.17 verhandelt das Oberste Gericht über die Klage von Präsident Jammeh wegen angeblicher Fehler bei der Stimmauszählung.

Mali

Leiterin einer NGO entführt

Das Pariser Außenministerium bestätigte am 25.12.16, dass die Leiterin einer Nichtregierungsorganisation, die sich um unterernährte Kinder kümmert, in Gao entführt worden sei. Die am 24.12.16 entführte Französin

Sophie Petronin werde von den Behörden gesucht. Das Ministerium äußerte sich nicht zu Umständen der Entführung.

Tschad

Grenze zu Libyen geschlossen

Aus Furcht vor islamistischen Terroristen und bewaffneten Milizen in Libyen hat Tschad seine Grenze zu dem Nachbarstaat geschlossen. Die Grenzregion sei nun militärisches Sperrgebiet, erklärte der tschadische Premierminister Pahimi Padacke Albert am 05.01.17. Damit solle möglichen Störungen des Friedens vorgebeugt werden. Nach den jüngsten militärischen Erfolgen gegen die Terrorgruppe IS in Libyen seien einige der Extremisten in Richtung Tschad gezogen, erklärte er im staatlichen Fernsehen. Die Grenze verläuft über Hundert Kilometer durch kaum besiedeltes Wüstengebiet. Es bleibt daher unklar, wie effektiv der Tschad die teils unbefestigte Grenze tatsächlich schließen kann.

Nigeria

Boko Haram: Armee erobert Lager im Sambisa-Wald

Am 24.12.16 gab Präsident Buhari bekannt, dass die Armee am 23.12.16 nach monatelangen Militäroperationen im Zentrum des Sambisa-Waldes das Camp Zero der islamistischen Terrororganisation Boko Haram eingenommen habe. Dieses sei der letzte Stützpunkt der Boko Haram in deren Rückzugsgebiet Sambisa-Wald gewesen (rd. 1.300 qkm, südöstlich der Hauptstadt Maiduguri des nördlichen Bundesstaates Borno). Laut Buhari seien die Terroristen auf der Flucht und hätten keinen Ort mehr, um sich zu verstecken. In einem am 29.12.16 veröffentlichten Video bestritt Abubkar Shekau, einer der Anführer der mindestens zwei Boko-Haram-Fraktionen, eine Vertreibung aus dem Sambisa-Wald.

Boko-Haram: Geiselfreiungen und Verhaftungen durch Armee

Laut Militärangaben befreite die Armee bei Militäroperationen zwischen dem 14. und 21.12.16 im Sambisa-Wald rund 1.880 Zivilisten aus der Hand der Boko Haram und nahm über 500 Islamisten gefangen. In den beiden folgenden Wochen seien rund 2.600 der Zugehörigkeit zur Boko Haram verdächtige Zivilisten verhaftet worden.

DR Kongo

Einigung von Regierung und Opposition auf Fahrplan für Machtwechsel bis Ende 2017

Am 31.12.16 unterzeichneten nach wochenlanger Vermittlung der katholischen Bischofskonferenz die Regierung und der Großteil der Opposition ein Abkommen, das vor Ende 2017 einen friedlichen Übergang vom Regime des bisherigen Staatspräsidenten Joseph Kabila auf einen demokratisch gewählten Nachfolger vorsieht. Kernpunkte der Übereinkunft sind:

Abhaltung der bereits im November 2016 fällig gewesenen Präsidentschaftswahl bis Ende 2017;

Präsident Kabila, dessen verfassungsmäßige Amtszeit am 19.12.16 ablief, bleibt während der Übergangszeit im Amt, tritt aber nicht mehr als Kandidat an;

Verbot einer Verfassungsänderung während der Übergangszeit, die Kabila eine dritte Amtszeit ermöglichen würde;

Bildung einer Übergangsregierung unter Führung des größten Oppositionsbündnisses Rassemblement (Sammlung), das bisher die Proteste gegen Kabilas Amtsverbleib angeführt hatte;

Bildung eines Nationalen Übergangsrats unter Leitung des Präsidenten des Rassemblements, Etienne Tshisekedi, der die Einhaltung des Abkommens begleiten soll.

Tote bei Demonstrationen gegen Amtsverbleib von Kabila

Am 19.12.16, dem Tag, an dem um Mitternacht die verfassungsmäßige Amtszeit von Staatspräsident Kabila endete, sowie am folgenden Tag kam es in mehreren Städten zu Demonstrationen der Opposition, die den Rücktritt von Kabila forderte. Laut Angaben des UN-Menschenrechtskommissars Zeid Ra'ad Al Hussein vom 23.12.16 töteten Sicherheitskräfte bei den Protesten in den Städten Kinshasa, Lubumbashi, Goma und

Matadi mindestens 40 Zivilisten. Etwa 107 Personen wurden verletzt oder misshandelt und mindestens 460 verhaftet.

Burundi

Minister ermordet

In der Nacht zum 01.01.17 wurde der Minister für Wasser, Umwelt, Raumordnung und Stadtplanung, Emmanuel Niyonkuru, in Bujumbura erschossen.

Côte d'Ivoire

Soldatenaufstand – Lage wieder beruhigt

Nach einer Meuterei von Soldaten hat sich die Lage wieder beruhigt. Nach aktuellen Berichten wird nicht mehr geschossen; die Soldaten bauten Straßensperren ab und zogen sich in ihre Kasernen zurück.

Am 06.01.17 hatten einige Soldaten die Kontrolle über Bouaké, die zweitgrößte Stadt des Landes, übernommen. Danach schlossen sich Soldaten fast landesweit der Meuterei an. Am Samstag fielen Augenzeugen zufolge auch Schüsse in einem Armee-Stützpunkt in der Wirtschaftsmetropole Abidjan. In Verhandlungen sollen die Parteien zwar eine Einigung über die Beendigung der Revolte getroffen haben, die jedoch nicht von allen meuternden Soldaten mitgetragen worden war. So wurden kurz nach Verkündung der Übereinkunft der Verteidigungsminister, weiterer Regierungsvertreter, Journalisten sowie verhandelnder Soldaten vorübergehend festgesetzt. Die Soldaten fordern eine höhere Bezahlung und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Bouaké war bereits im Jahr 2002 das Zentrum einer Rebellion. Damals übernahmen die Aufständischen die Kontrolle über den Norden des Landes. Dies führte zu einem Bürgerkrieg, der erst 2011 mit der Absetzung des damaligen Präsidenten Laurent Gbagbo beendet werden konnte. Die Armee setzt sich seitdem aus den früheren Regierungstruppen und ehemaligen Rebellenkämpfern zusammen und ist zerstritten. Bereits 2014 erreichten die Soldaten mit einem ähnlichen Aufstand Nachzahlungen der Regierung.

EJR Mazedonien

Nachwahl bringt keine Veränderung – weiterhin Patt

Die von der Opposition geforderte Nachwahl wegen Unregelmäßigkeiten in einem Wahlkreis hat keine Änderung des ursprünglichen Ergebnisses der Parlamentswahl vom 11.12.16 (vgl. BN v. 12.12.16) gebracht. Danach erreichen die bisherige Regierungspartei VMRO-DPMNE 38,1 % (51 Sitze) und die oppositionellen Sozialdemokraten 36,7 % (49 Sitze). Die übrigen Sitze gehen an Parteien der albanischen Minderheit, von denen nun die Regierungsbildung abhängt. Die Wahl hätte die schon fast zweijährige politische Blockade beenden sollen. Die EU zeigt sich angesichts der anhaltenden Spannungen besorgt.

Die albanische Minderheit in Mazedonien (ca. 25 %) ist durch eine Vielzahl von Parteien vertreten. Bisher war es stets so, dass sich die beiden Ethnien Mazedoniens in der Regierungsführung abwechselten, wobei sie zur Mehrheitsbildung auf Koalitionen mit Minderheitenparteien angewiesen waren. So kam es, dass meist eine der bislang großen albanischen Parteien (die DUI oder die Demokratische Partei der Albaner) an der Regierung beteiligt war. Die Partei der Demokratischen Integration (DUI bzw. BDI) bildete zuletzt mit der VMRO-DPMNE unter Premier Nikola Gruevski ein Regierungsbündnis.

Kosovo

Gesetzliche Krankenversicherung startet

Es gibt Berichte, wonach die gesetzliche Krankenversicherung, welche bereits 2014 verabschiedet wurde (Law No.04/L-249), am 01.01.17 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Krankenversicherung ist sowohl als Pflicht- als auch als freiwillige Versicherung konzipiert. Sie enthält medizinische Basisdienstleistungen. Versichert sind alle Personen, die den verpflichtenden Krankenversicherungsbeitrag bezahlt haben, sowie deren engere

Familien und bestimmte Personen, die von der Zahlung des Krankenversicherungsbeitrages befreit sind. Für nicht versicherte Personen ist die Behandlung zukünftig nicht mehr kostenlos. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung wird so schnell nicht erwartet. Die medizinische Infrastruktur bleibt lückenhaft.

Bislang gab es keine gesetzliche Krankenversicherung, die medizinische Basisversorgung durch die öffentlichen Gesundheitszentren war kostenlos bzw. gegen eine geringe Zuzahlung erhältlich. Es wird erwartet, dass es in der Anfangszeit zu Schwierigkeiten bei der Umstellung kommt.

Bangladesch

Mehr Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar

Seit Oktober 2016 sind in der Küstenregion von Cox's Bazar im Südosten mindestens 50.000 muslimische Rohingya aus dem überwiegend buddhistischen Myanmar angekommen. Sie gaben an, vor Diskriminierung, Unterdrückung und bewaffneten Zusammenstößen im Rakhine State, eine der 15 Verwaltungseinheiten Myanmars, geflohen zu sein.

Myanmar

Gewalt im Rakhine State: Zwischenbericht

Am 03.01.17 erschien ein Zwischenbericht einer Untersuchungskommission der Regierung über die Gewalt im Zusammenhang mit Überfällen auf Grenzposten im Rakhine State am 09.10.16 (vgl. BN v. 10.10.16) und dem anschließenden Vorgehen der Sicherheitskräfte. Diese hätten weder Völkermord an den muslimischen Rohingya begangen noch sie religiös verfolgt. Die Überfälle seien von der islamistischen Organisation Aqa Mul Mujahidin zusammen mit der Rohingya Solidarity Organization (RSO) verübt worden. Gegen 485 Verdächtige seien rechtliche Schritte eingeleitet worden. Human Rights Watch kritisierte Mängel der Untersuchung.

Bis Ende 2016 flohen etwa 50.000 Rohingya vor Gewalt ins benachbarte Bangladesch.

China

Xinjiang: Tote bei Angriff auf Parteibüro

Bei einem Überfall auf ein Büro der Kommunistischen Partei im Kreis Moyu (Präfektur Hotan) wurden am 28.12.16 fünf Personen getötet, darunter die drei Angreifer. Diese fuhren mit einem Fahrzeug auf den Hof des Gebäudes, griffen mit Messern an und zündeten einen Sprengsatz.